von je 4 oder 5 Bataillonen zusammengesetzt. Jede Stadt der Sowjetunion hat neben der Standortgarnison eine Truppe OGPU-Soldaten. Größere Städte haben OGPU-Regimenter, mittlere wieder Bataillone oder Abteilungen, je nach Bedarf. Die Gesamtzahl der OGPU-Truppen beläuft sich auf 30 Regimenter und 100 Bataillone, was gleichbedeutend ist mit 80 000 Mann.

Die Eskortiertruppen der OGPU sind bestimmt für die Ueberwachung der Internierten in Konzentrationslagern und Gefängnissen der Sowjetunion. Die Anzahl der Internierungsstätten und Gefängnisse ist dermaßen angewachsen, das ein großes Truppenaufgebot geschaffen werden mußte, um die zahlreichen Gefangenen sorgfältig bewachen zu können. Die Bolschewiken sind mit ihrem beneidenswerten Organisationstalent soweit vorgedrungen, daß sie einen besonderen Lehrkursus für Eskortiertruppen eingerichtet haben. Ihnen wird besonderer Unterricht in der Eskorte Verhafteter in Gebieten mit sowjetfeindlich gesinnter Bevölkerung erteilt und man unterweist sie in der Handhabung der „Massenausquartierungen der Klassenfeinde" usw. Jede Stadt hat gleich den OGPU-Abteilungen, eine bestimmte Anzahl Eskortiersoldaten zur Verfügung. In Moskau befindet sich z. B. die „Zentralverwaltung der Eskortiertruppen", ein Stab und alle anderen wichtigen Abteilungen dieser Organisation. Größere Städte verfügen über ein Regiment dieser Truppe (z. B. Moskau, Leningrad, Kiew), mittlere über ein Bataillon, und kleinere über eine Kompagnie oder Abteilung. Die Eskortiertruppen werden auf gleicher Grundlage ergänzt wie auch die Truppen der OGPU. •

Die lokalen Schützenregimenter sind eine bewaffnete Organisation, die die Pflicht hat, die lokale Macht der Sowjets zu unterstützen, die Einrichtungen der Militär- und Staatsversorgung zu bewachen (Munition-, Verpflegungungslager usw.). Im Falle eines Aufstandes unterstützen die Truppen der lokalen Schützenregimenter die Formationen der OGPU und beteiligen sich aktiv an der Wiederherstellung der öffentlichen Ruhe und Ordnung. Die Gesamtzahl der lokalen Schützenregimenter umfaßt 30 Bataillone und 50 Sonderkompagnien, die über ganz Rußland verbreitet sind. Ihre Reserven beziehen sie aus besonders qualifizierten Truppenteilen der Roten Armee. Sie genießen die gleichen Privilegien wie die Truppen der OGPU.

Die vorhin erwähnten besonderen Truppenteile gehören offiziell zur Roten Armee und rekrutieren sich gemäß der allgemeinen Dienstpflicht. Neben diesen besonderen Truppen bestehen militarisierte Zivilformationen, die aus freiwilligen Legionären aus dem Lager ehemaliger Rotarmisten und Roten Heeresführern bestehen, die sich in der Armee besonders ausgezeichnet haben und dafür für unbeschränkte Zeit beurlaubt sind. Diese Formationen werden von der Zivilverwaltung für Transportwesen und Volkswirtschaft unterhalten. Ihre Aufgabe ist hauptsächlich der Schutz des Transportwesens und der industriellen Einrichtungen der Zivilverwaltung. Sie decken sich zum Teil mit den Zielen der „Lokalen Schützenregimenter".

Diese Truppen sind militärisch organisiert und befolgen das Reglement der Roten Armee. Die Legionäre verpflichten sich nicht weniger als zwei Jahre bei der Truppe zu bleiben. Nach Ablauf dieser Frist kann ihr Dienst dortselbst bis zum 40. Lebensjahr ausgedehnt werden. Jeder Legionär erhält ein Monatsgehalt in Höhe von 65 bis 95 Rubel, dazu Diäten. Das Hauptquartier dieser Organisation befindet sich in Moskau. Stabschef ist ein gewisser Johannes Leppe. Jeder Eisenbahn- und Industriepunkt hat eine größere Anzahl Legionäre mit einem Stab und Abteilungsleiter an der Spitze. Wir verfügen leider nicht über eine genaue zahlenmäßige Aufstellung dieser Organisation, doch im Verhältnis zu der im ständigen Wachsen begriffenen Industrie und einer Eisenbahnstrecke, die über 77 000 Kilometer Schienenstrang verfügt, kann die Anzahl dieser Legionäre wohl kaum unter 100 000 sein.

Aus oben gesagtem kann man deutlich entnehmen, wie vielseitig und ungeheur ausgebaut die bolschewikischen Maßnahmen zum Schutz der „inneren Sicherheit der Republik" sind. Ein derartig raffiniertes System hat keine Regierung in der Geschichte der Menschheit aufzuweisen! Weder die Janitscharen der Ottomanenzeit, noch die Prätorianer römischer Cäsaren ja nicht einmal die militärische Monarchie der Assyrer brannte dem Volk solche Stempel allumfassender Zwangsmaßnahmen und Terrormittel auf, wie es heute die „Retter der Menschheit" — die Bolschewiken tun! Furcht und Bosheit beherrschen das bolschewikische System. Quälende, irrsinnige Angst eines Tyrannen vor dem entrechteten Volk, das lebend geblieben ist trotz des Terrors und das eines Tages aufbegehren kann überall, in Stadt und Land, auf den Schienensträngen seiner Eisenbahnen, in den Kollektivwirtschaften und vor den Toren der Revolutionstribunale . . . und eine Bosheit, die an die berühmte Erzählung Matschalls in dessen „Tierwelt" erinnert, wo ein afrikanischer Pavian, „cynosephalus maimon" genannt, „so boshaft sein kann, daß er vor lauter Bosheit stirbt" . . . Auf dieses System stützt sich das bolschewikische Regime!

Gutes Ergebnis des „G 38"-Probefluges

Bei dem großen Probeflug des Junkers-Großflugzeuges „G 2000" am Mittwoch sind in 10½ Stunden rund 1500 Kilometer zurückgelegt worden. Das entspricht etwa einer Entfernung zwischen Berlin und Moskau. Während des Fluges sind nennenswerte Störungen nicht aufgetreten. Nur einmal mußte ein Motor zehn Minuten abgestellt werden, ohne daß aber dadurch der Flug beeinträchtigt worden wäre. Keiner der Fluggäste — an Bord befanden sich einschließlich der Besatzung 19 Personen — bemerkte überhaupt etwas davon. Der Verbrauch an Brennstoff und Schmieröl hielt sich durchaus in den vorher geschätzten Grenzen. Der Brennstoffverbrauch dürfte etwa 3500 Liter ausgemacht haben. Im übrigen war die Maschine, als sie gelandet war, noch durchaus in der Lage, mehrere Stunden zu fliegen. Ihr Gesamtgewicht betrug bei Beginn des Fluges über 20 Tonnen. Wenn man dies berücksichtigt, muß es um so mehr in Verwunderung setzen, mit welcher Leichtigkeit das Flugzeug startete und auch wieder landete. Der zweite Teil des Fluges berührte nach dem Ueberfliegen von Berlin Frankfurt a. O., Stettin, Greifswald, Rostock, Warnemünde, Travemünde, Lübeck und Hamburg. Das Flugzeug bleibt voraussichtlich einige Tage in Berlin.

Thüringer Sorgen

Fricks neue Pläne

Weimar, 16. Mai.

Der thüringische Innen- und Kultusminister, der Nationalsozialist Frick, hält scheinbar jetzt die Zeit für gekommen, seine Pläne trotz des von seiten des Reiches erfolgten Protestes durchzuführen. Wie Wolffs Telegraphenbüro meldet, hat die thüringische Regierung die Errichtung eines Lehrstuhles für Rassenforschung an der Landesuniversität Jena beschlossen und auf diesen Posten den Münchener Rassenforscher Dr. H. F. Günther berufen. Das Lehramt trägt die Bezeichnung „Sozialanthropologie". — Diese Maßnahme ist umso bedenklicher, als sie im Widerspruche zur Stellungnahme des akademischen Senats der Universität Jena erfolgt ist.

Wie man weiter hört, wird Frick eine Reihe seiner Freunde auf die freiwerdenden Polizeidirektoren-Stellen berufen. Und zwar ist zum Direktor der Polizei in Gera der bisherige Major bei der Landespolizei in Weimar, Kehl, vorgeschlagen, für Weimar, dem auch Jena unterstehen soll, der am Landgericht Weimar tätige Assessor Dr. Ortleyp, ein organisierter Nationalsozialist, und für Zella-Mehlis der Weimarer Polizeiamtmann Förtsch. Weimar. Für Eisenach ist ein ehemaliger Fliegeroffizier in Aussicht genommen. Diese Maßnahme würde der von dem Minister Baum dem Reichsinnenminister Dr. Wirth gegebenen Versicherung widersprechen, daß in der thüringischen Landespolizei keine Veränderungen vorgenommen werden sollen

•

An der gestrigen Sitzung des Thüringer Landtages nahmen die Nationalsozialisten nicht teil. Die Erklärung hierfür ist in den noch immer nicht zum Abschluß gekommenen Verhandlungen unter den Regierungsparteien über die Forderungen der Nationalsozialisten, insbesondere wegen der Einräumung der vollen Handlungsfreiheit bei der Besetzung der Beamten- und Polizeidirektorenstellen zu suchen.

Die Deutsche Volkspartei will, entsprechend ihrer Stellungnahme im Ausschuß, zu der Frage des Schulgebeterlasses bei der zweiten Lesung des Etats eine Entschließung einbringen. Angesichts der ernsten Bedenken, die von weiten Kreisen der christlichen Bevölkerung Thüringens, insbesondere von der thüringischen Landeskirche und der thüringischen Lehrerschaft gegen den Schulgebeterlaß mit Rücksicht auf den Charakter der thüringischen Schulen als Gemeinschaftsschulen erhoben worden sind, soll die Regierung in dieser Entschließung ersucht werden, erneut in Verhandlungen über diese Frage mit der thüringischen Landeskirche und den zuständigen Lehrerorganisationen einzutreten und bis dahin auf jeden Fall von der Anforderung von Berichten der Direktionen und Schulräte über die Einführung des Gebets abzusehen.

„Kleine Justizreform" abgelehnt

Berlin, 16. Mai.

Der Reichstag hat gestern die übliche „stille" Anfangssitzung abgehalten. Auf der Tagesordnung standen nur kleinere Vorlagen, das Interesse war mäßig. Auf der Tagesordnung stand zunächst die erste Lesung der Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz und einigen Vorschriften über das Verfahren in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, sowie über die Rechtsanwaltsgebühren in Armensachen (sog. „kleine Justizreform"). Die Vorlage will die Grenzen für die Zuständigkeit der Gerichte und für die Berufung erhöhen. Die Armenanwaltsgebühren sollen herabgesetzt werden.

Diese Vorlage wurde von allen Seiten heftig kritisiert. Abg. Schetter (Zentrum) betonte, nicht eine Justiz-Finanzreform, sondern eine allgemeine Justizreform sei notwendig. — Die Verteidigung der Vorlage durch den Reichsjustizminister Dr. Bredt war sehr schwach. Die Vorlage wurde schließlich unter großer Heiterkeit einstimmig abgelehnt.

Bei der nächsten Vorlage, dem Ermächtigungsgesetz für Steuererleichterungen, versuchten die Sozialdemokraten einen neuen Vorstoß, wobei sich ihr Redner, Abg. Keil, vor allem gegen die Form des Ermächtigungsgesetzes wandte. Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer hielt den Sozialdemokraten entgegen, daß der frühere Reichsarbeitsminister Wissell ein warmer Befürworter dieser Vorlage gewesen sei. Der Kommunist Neubauer verweilte selbstverständlich mit Behagen bei dieser Feststellung des Ministers, die er seinerseits zu Angriffen gegen die Sozialdemokraten ausnützte.

Nach einer kurzen Erwiderung des Abgeordneten Keil wurde das Ermächtigungsgesetz an den Steuerausschuß überwiesen, worauf sich der Reichstag auf Freitag vertagte.

Die Verhandlungen in Genf

Nochmals Curtius—Briand

Paris, 16. Mai.

Zu der Unterredung, die Reichsaußenminister Dr. Curtius gestern mit Briand hatte, erklärt der Sonderberichterstatter des „Petit Parisien": Daß wieder von der Rheinlandräumung die Rede gewesen ist, braucht niemand zu überraschen. **Der Zeitpunkt ist ja seit langem festgesetzt. Er kann nicht wieder in Frage gestellt werden. Es handelt sich nur noch um die Modalitäten der Ausführung.** In dieser Hinsicht nun sind sämtliche Maßnahmen getroffen worden, damit die letzten Truppen das Rheinland an dem gewünschten Tage verlassen haben. Briand hat Dr. Curtius, der selbst nicht unpeinlich sein wird, wenn zufälligerweise hier und da einige Nachzügler vorhanden sein sollten, zweifellos hierfür die Versicherung gegeben.

Ebenso wird man sich nicht darüber wundern können, daß Dr. Curtius den Wunsch geäußert hat, die Regelung der Saarfrage möglichst beschleunigt zu sehen derart, daß sie vor der Völkerbundsversammlung vom September beendet ist. Selbstverständlich hat Briand Dr. Curtius in diesem Punkte keine gleiche Versicherung geben können. Es ist Sache der Deutschen, die der fordernde Teil sind, den Abschluß der im Gange befindlichen Verhandlungen dadurch zu beschleunigen, den französischen Delegierten hinreichend vorteilhafte Vorschläge zu machen, die uns veranlassen könnten unverzüglich ein Pfand aufzugeben, das wir auf Grund des Friedensvertrages bis zum Jahre 1935 behalten können. Hier handelt es sich um eine prinzipielle Frage, über die Briand nicht mit sich verhandeln lassen konnte und er hat auch tatsächlich seine Abwehrstellung entschlossen eingehalten. — Im Gegensatz zu dieser Meldung will der Sonderberichterstatter des „Matin" von ziemlich befriedigenden Nachrichten über die Saarverhandlungen berichten können, die in Genf eingetroffen seien.

Genf, 15. Mai.

Die beiden oberschlesischen Minderheitenbeschwerden sind in der heutigen Sitzung des Völkerbundsrates, nachdem die Verhandlungen zwischen der deutschen und der polnischen Abordnung noch bis zum letzten Augenblick andauerten, in der allerletzten Stunde auf die nächste Ratstagung im September verschoben worden, ohne daß eine Entscheidung gefallen ist.

Zu der Beschwerde der deutschen Kassenärzte in Oberschlesien machte der japanische Berichterstatter den Vorschlag, im Hinblick auf die noch ungeklärten Rechtsfragen zunächst ein Gutachten eines Juristenausschusses einzuholen. Es handelt sich in erster Linie um den von der polnischen Regierung bestrittenen öffentlich-rechtlichen Charakter der Knappschaftsverbände, obwohl Präsident Calonder ausdrücklich diesen Charakter der Verbände anerkannt hat. Der Juristenausschuß, der jetzt eingesetzt wurde, besteht aus dem italienischen Juristen Pilotti, dem spanischen Juristen Botella und dem englischen Juristen Malkin.

Reichsaußenminister Curtius gab hierzu eine Erklärung ab. Nach seinem persönlichen Urteil wäre diese Angelegenheit zu einer Entscheidung reif. **Er bedauere außerordentlich, daß sich der Rat nicht in der Lage sehe, eine Entscheidung zu fällen.** Er bedauere dies um so mehr, da die politische Regierung sich geweigert habe, die Vorschläge des Präsidenten Calonder anzunehmen und die deutschen Kassenärzte wieder in ihre Stellung einzusetzen. Er beuge sich aber dem Verantwortungsbewußtsein des japanischen Berichterstatters und nehme die Vertagung der Beschwerde auf den September an.

Die zweite oberschlesische Beschwerde Ochsmann wurde sodann gleichfalls auf September vertagt, da die polnische Regierung verlangt hatte, daß ihr noch die Möglichkeit gegeben würde, weiteres Material vorzulegen. Auch hierzu gab Curtius eine Erklärung ab. Er erwarte jetzt dringend, daß die polnische Regierung in möglichst kurzer Zeit dem Rat eingehendes und vollständiges Material hierüber vorlege. Die Beschwerde spiele bereits seit 2½ Jahren vor dem Völkerbundsrat. Präsident Calonder habe 16 Monate gebraucht, um sich auf Grund der Beschwerde des Appellationshofes mit dieser Angelegenheit zu befassen. Er, Curtius, halte sich daher jetzt für verpflichtet, die polnische Regierung zu bitten, unverzüglich das gesamte vorliegende Material dem Völkerbundsrat vorzulegen.

Zum Schluß erklärte Curtius, daß er sich mit der Verschiebung der genannten Beschwerden auf die Septembertagung nur unter der Bedingung einverstanden erkläre, daß die Untersuchungen der polnischen Regierung nunmehr so schnell als möglich und so vollständig als möglich zum Abschluß geführt würden. Deutschland habe ein dringendes Interesse daran, das gesamte Material über diese Untersuchungen vorgelegt zu bekommen.

Vernehmung Matscheks

Belgrad, 16. Mai.

Unter großer Spannung begann im Kroaten-Prozeß am Donnerstag die Vernehmung Dr. Matschek's. Die übrigen Angeklagten bereiteten ihm bei seinem Erscheinen stürmische Ovationen und riefen: „Es lebe der Vertreter des kroatischen Volkes." Der Vorsitzende erteilte den Angeklagten einen Verweis.

Dr. Matschek äußerte sich dann in einer längeren Verteidigungsrede zu den drei ihn betreffenden Anklagepunkten. Es sei ihm nicht bekannt, daß eine terroristische Organisation bestanden hat, er habe einer solchen Organisation Geldmittel nicht zugewandt. Er habe durch den angeklagten ehemaligen Abgeordneten Jelasitsch einmal 6000 Dinar zur Unterstützung von kroatischen Jugendlichen gesendet, die Opfer politischer Verfolgungen geworden waren. Dem Angeklagten Begitsch habe er niemals, wie dieser behauptet, Geldsummen übergeben, damit dieser sie zur Unterstützungszwecke weiterleite. Auch die zweite Behauptung der Anklage, daß er einen der Angeklagten angewiesen habe, einige Revolver abzuholen, bestritt Dr. Matschek entschieden. Zum dritten Anklagepunkt, daß er Verfasser eines hochverräterischen Zeitungsartikels sei, erklärte Dr. Matschek, es sei ihm unverständlich, was an diesem Artikel als Bestrebung zur Ablösung Kroatiens aus dem Staatsverbande gedeutet werden könne. Wenn darin von der Freiheit und ewigen Gerechtigkeit gesprochen werde, so bedeute das nicht, daß dieses Ziel nur durch das Ausscheiden Kroatiens aus dem Staatsverbande erreicht werden könne. Er war und sei der Ansicht, daß dies auch auf einem anderen vernünftigeren Wege erfolgen könne.

Die Vernehmung Dr Matscheks war damit beendet. Der Vorsitzende teilte mit, der Gerichtshof habe u. a. den Antrag der Verteidigung, gegen den Agramer Polizeipräsidenten Dr. Bedekovitsch Anklage zu erheben, abgelehnt. In der heutigen Sitzung beginnt das Zeugenverhör.

* **Die Pariser Postbeamten** und -Angestellten Moskauer Richtung beschlossen die sofortige Bildung von Kampfkomitees zur Durchsetzung ihrer Lohn- und Gehaltsforderungen und zur schnellsten Vorbereitung eines 24stündigen Generalstreiks.

* **Minensucher** und andere Fahrzeuge haben am Donnerstag 11 Militärflieger gerettet, die bei hohem Seegang in den von Haifischen wimmelnden Gewässern bei Hawai niedergegangen waren. Ein Flieger ist ertrunken.

* **Der internationale Grubenarbeiterkongreß** in Krakau hält in seiner Entschließung einen 24stündigen Demonstrationsstreik der Grubenarbeiter aller Länder gegen die weitere Aufrüstung der Staaten für notwendig.

* **100 Anhänger Gandhis,** die nach Shiroda wanderten, um in die dortige Salzniederlage einzudringen, sind verhaftet worden.

Wetterbericht der Dresdner Wetterwarte

Witterungsaussichten. Teils wolkig, teils heiter. Nach sehr kühler Nacht rasche Tageserwärmung. Vorwiegend schwache Winde aus veränderlichen Richtungen.